

## INHALT

|   |   |
|---|---|
| Mehr Geld, mehr Betreuung, mehr Bildung für Kinder und Eltern – Kabinett verabschiedet das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) Minister Armin Laschet: Anregungen der Verbände sind im Konsens aufgegriffen worden..... | 1 |
| Kabinettsbeschluss zum Kindergartengesetz .....   | 3 |
| Britta Altenkamp: Es bleibt dabei - Kibiz ist Mumpitz .....   | 4 |
| Marie-Theres Kastner: KiBiz - SPD kommentiert ein Gesetz, ohne es zu kennen .....   | 6 |
| Britta Altenkamp und Andrea Asch: Landesregierung missachtet bei Kibiz Rechte der Opposition .....  | 7 |

Quelle: [http://www.nrw-und-politik.de/News/2007/5-2007/22\\_05\\_2007\\_laschet\\_nrw.htm](http://www.nrw-und-politik.de/News/2007/5-2007/22_05_2007_laschet_nrw.htm)

Mehr Geld, mehr Betreuung, mehr Bildung für Kinder und Eltern – Kabinett verabschiedet das neue Kinderbildungsgesetz (KiBiz) Minister Armin Laschet: Anregungen der Verbände sind im Konsens aufgegriffen worden

Das Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration teilt mit: Das Kabinett hat heute (22. Mai 2007) das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) verabschiedet. Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg, Nordrhein-Westfalen zum kinder- und familienfreundlichsten Bundesland zu machen. Außerdem löst die Landesregierung damit ihr Versprechen ein, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erheblich zu verbessern.

Das neue Kinderbildungsgesetz bringt Kindern und Eltern Verbesserungen, die seit langem notwendig sind, von der Vorgängerregierung jedoch nicht konsequent angepackt wurden. Dies sind:

- die Stärkung der Bildungs- und Erziehungsarbeit im frühen Kindesalter,
- ein umfassender Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter drei Jahren,
- die Sicherung einer vielfältigen Angebotsstruktur,
- eine Orientierung der Betreuungszeiten am unterschiedlichen Bedarf der Familien.
- die Pauschalisierung des Finanzierungssystems. Damit wird die Finanzierungsstruktur klarer, übersichtlicher - und bleibt dennoch planungssicher,
- die Sicherung der pädagogischen Qualität in den Tageseinrichtungen und
- die Aufwertung der Kindertagespflege als gleichwertige Alternative zu den Tageseinrichtungen.

Außerdem setzt die Landesregierung mit dem Gesetz neue Akzente, die ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen braucht:

1. Erstmals werden die Kommunen vom Land bei der Kindertagespflege finanziell unterstützt. Für diese Gleichwertigkeit schafft die Landesregierung mit KiBiz die rechtlichen und finanziellen Grundlagen. So können Tagesmütter und Tagesväter in den Kommunen entsprechend qualifiziert oder ihre Alterssicherung finanziert werden.

2. Erstmals wird die frühe Sprachförderung durch zusätzliche Maßnahmen kindgerecht ermöglicht und finanziert. Alle Kinder sollen spätestens bis zum Schuleintritt die deutsche Sprache so beherrschen, dass sie unabhängig von ihrer Herkunft die gleichen Bildungs- und Entwicklungschancen haben.

3. Erstmals erhalten die neuen Familienzentren mit KiBiz eine gesetzliche Grundlage. Dies bedeutet, dass mit dem landesweiten Ausbau von 3.000 Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren bis zum Jahr 2012 wohnortnahe Betreuung, Bildung und Beratung gebündelt werden kann und Eltern bei ihrer Erziehungsarbeit unterstützt werden, weitere Hilfen und Angebote bei der Kinderbetreuung oder passgenaue Familienbildungsangebote erhalten.

Minister Laschet: "Ein solch großes Projekt braucht die Mitwirkung und den guten Willen aller Beteiligten. Ich bin froh, dass im Konsens mit allen Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und kommunalen Spitzenverbänden eine Finanzierungs- und Qualitätsgrundlage erarbeitet werden konnte. Insbesondere die letzten Wochen sind noch einmal genutzt worden, um etwaige Missverständnisse auszuräumen, denn es ist der Sinn einer Verbändeanhörung, Bedenken aufzugreifen, Missverständnisse zu klären und Präzisierungen vorzunehmen."

Die Verbände hatten insbesondere kritisiert:

- dass durch den Haushaltsvorbehalt keine bedarfsgerechte Umsetzung des Gesetzes erfolgen könnte. Das Land hatte sich aber schon im Referentenentwurf zur gemeinsamen Verantwortung bekannt. Mit der jetzt gefundenen Formulierung wird es eine gemeinsame Verantwortung von Land und Kommunen bei der bedarfsgerechten Umsetzung des Gesetzes geben.
- dass das Land eigenständig Kindpauschalen festlegen kann. Vorgesehen war, bei erforderlichen Veränderungen eine rasche Anpassung - in Abstimmung mit den Trägern - vorzunehmen. Die Träger bevorzugten aber das langwierigere Verfahren einer Gesetzesänderung. Diesem Wunsch kommt die Landesregierung nach.
- dass die Fachkräfteausstattung der Gruppen nicht definitiv geregelt war. Hier ist eine Klarstellung erfolgt.
- dass die Revisionsprüfung in § 28 Abs. 2 nicht hinreichend geklärt war. Deshalb wird dies nun noch präziser und ausführlicher formuliert.
- dass es zu wenig Verbindlichkeit bei der Finanzierung der Spitzmieten gegeben hat. Hier stellt der Regierungsentwurf klar, dass dies gesichert ist.

Das Land stellt für die Förderung der Kinder im kommenden Jahr 2008 insgesamt 959 Millionen Euro zur Verfügung. Das sind rund 140 Millionen Euro mehr als in 2007. Minister Laschet: "Bereits im Jahr 2009 werden wir die Grenze von einer Milliarde Euro überschreiten. Soviel hat noch keine Landesregierung vorher für die frühe Förderung von Kindern ausgegeben."

Original-Pressemitteilung vom 22.05.2007  
Landesregierung NRW

## Kabinettsbeschluss zum Kindergartengesetz

Asch: Schlechtere Kinderbetreuung beschlossene Sache

Zum heutigen Kabinettsbeschluss für ein neues Kindergartengesetz erklärt Andrea Asch MdL, kinder- und jugendpolitische Sprecherin:

"Obwohl sie nacharbeiten musste, hat sich die Landesregierung auch beim zweiten Entwurf des Kindergartengesetzes für weniger Qualität im Kindergarten entschieden. Besonders die Kleinsten unter drei Jahren werden künftig von weniger Personal betreut. Die Kindergartengruppen werden insgesamt größer werden, denn es werden keine Höchstzahlen pro Gruppe mehr festgelegt. Die Einsparungen aus den schlechteren Personalstandards sollen für zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren verwendet werden. Letztlich steht nicht mehr Landesgeld für die Einrichtungen zur Verfügung als 2005. Eventuelle Mehrausgaben werden zur Absenkung des Eigenanteils der kirchlichen Träger verwendet.

Der Gesetzentwurf wird einem modernen Kindergartengesetz insgesamt nicht gerecht. So wird das Aufkommen an Elternbeiträgen völlig unrealistisch hoch angesetzt, weitere Beitragssteigerungen sind die Folge. In anderen Bundesländern werden sie abgeschafft.

Wenn Minister Laschet wirklich sofort mehr Plätze für Kinder unter drei Jahren will, dann muss er den auf Bundesebene für 2013 beschlossenen Rechtsanspruch in NRW vorziehen. Rechtlich ist das möglich, wird selbst von der FDP gefordert und z.B. in Rheinland-Pfalz umgesetzt.

Die moderne Arbeitswelt erfordert flexible Arbeitszeiten und somit flexiblere Betreuungsangebote, z.B. auch an Samstagen oder Spätnachmittags. Das Land finanziert künftig aber nur noch Gruppen bis 45 Stunden (bisher 50) mit. Die notwendige Ausweitung des Angebots wird es so nicht geben, die Bedarfsgerechtigkeit bleibt auf der Strecke."

Original-Pressemitteilung vom 22.05.2007  
Bündnis 90/Die Grünen Landtagsfraktion NRW

Britta Altenkamp: Es bleibt dabei - Kibiz ist Mumpitz

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp, erklärt zu dem heute vom Landeskabineett verabschiedeten neuen Kinderbildungsgesetz (Kibiz):

Elternbeiträge werden noch mal steigen 19 Prozent der Finanzierung in einer Kindertageseinrichtung sollen über Elternbeiträge erreicht werden. Diese Festlegung auf 19 Prozent ist im Gesetz festgelegt. Doch in der Realität wird eine solche Höhe nicht erreicht. Im Schnitt sind es gerade mal 13 Prozent Kostenanteil, den die Eltern aufbringen können. Vor diesem Hintergrund befürchten die Träger und Eltern nicht zu Unrecht, dass die Elternbeiträge für den Kindergarten weiter steigen müssen. Denn viele Kommunen können das fehlende Geld nicht mehr selbst ausgleichen bzw. dürfen es gar nicht ausgleichen, weil sie in einer Haushaltsnotlage sind.

Laschets Milchmädchenrechnung geht nicht auf Seit dem Jahr 2006 hat die Regierung Rüttgers 156,9 Millionen Euro bei den Kindergärten eingespart, die nun jedes Jahr fehlen. 2008 verspricht Minister Laschet, 100 Millionen Euro wieder draufzulegen. Davon gehen aber 84 Millionen Euro zur Absenkung des kirchlichen Trägeranteils ab. Und davon sollen eine bessere Betreuung und Tausende neuer Krippenplätze finanziert werden? In Wahrheit bleibt also unter dem Strich ein dickes Minus. Daraus kann auch das bekannte Milchmädchen kein Plus errechnen. Mit dem Haushaltsansatz von 959 Millionen Euro in 2008 erreicht Laschet im Übrigen gerade mal den Haushaltsansatz von 2005. All dies zeigt: Kibiz ist massiv unterfinanziert.

Kindergartenplätze nach Zuteilung statt nach Bedarf Die verschiedenen Gruppentypen und vor allem die Öffnungszeiten in den Gruppen werden landesweit kontingentiert und entsprechen damit nicht dem jeweiligen Bedarf. Dadurch wird die Wahlfreiheit der Eltern weiter eingeschränkt.

Es ist eine Kontingentierung nach Öffnungszeiten vorgesehen:

Öffnungszeit Gruppenform I und III Gruppenform II

25 Stunden 25 % 40 %

35 Stunden 50 % 40 %

45 Stunden 25 % 20 %

Von einer Finanzierung, die sich an den Notwendigkeiten der Eltern orientiert, kann also keine Rede sein.

Nur 6, 50 Euro die Woche für Sprachförderung Der Förderbedarf kleiner Kinder wird in dem neuen Gesetz alleine auf die Frage der Sprachförderung fokussiert. Es fehlen die sensorischen, motorischen, sozialen, emotionalen, ästhetischen, kognitiven oder mathematischen Entwicklungsbereiche. Darüber hinaus sind die Entwicklung von Selbstbewusstsein, Eigenständigkeit und Identität wichtige Grundlagen jedes Bildungsprozesses. Diese Aspekte finden in dem neuen Gesetz keine Erwähnung. Stattdessen wird die Sprachförderung für Kinder mit einem Förderbedarf in deutscher Sprache pauschal mit 340 Euro jährlich finanziert. Das sind 6,54 Euro in der Woche. Völlig offen bleibt dagegen die Form der Sprachförderung: Sie kann in separaten Kursen erfolgen oder wird in die allgemeine Bildungsarbeit der Kindertageseinrichtungen integriert.

Keine Sonderförderung mehr für sozial schwierige Stadtviertel Die Gruppenpauschalen, die im Kibiz jetzt vorgesehen sind, enthalten keine Sonderförderungen mehr. Diese Sonderförderungen für Einrichtungen in schwierigen Sozialräumen sind zukünftig in den Pauschalen enthalten. Dies geht besonders zu Lasten von großen Städten mit Haushaltsproblemen.

Kibiz schafft Unsicherheit für Eltern Das neue Gesetz hängt von der jährlichen Zuweisung der Haushaltsmittel durch den jeweiligen Finanzminister ab. Diese Jährlichkeit führt zur Unsicherheit bei Eltern und Trägern. Gerade für die Eltern wird es vor diesem Hintergrund schwierig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf dauerhaft zu organisieren.

#### 7. Keine Planungssicherheit für Träger

Die Träger haben in Zukunft eine erhebliche Planungsunsicherheit, weil die zukünftige Finanzierung im wesentlichen von der Nachfrage der Eltern abhängt und dieses Nachfrageverhalten auf Grund noch fehlender Erfahrungen und der Höhe der Elternbeiträge nicht abgeschätzt werden kann.

Das Land achtet nicht mehr auf die Sicherung der Betreuungsqualität Die Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen sowie die Qualitätssicherung der Betreuung liegen in der Verantwortung der Träger. Rheinland-Pfalz zum Beispiel sieht dafür ausdrücklich eine Landesförderung vor.

Original-Pressemitteilung vom 22.05.2007  
SPD Landtagsfraktion NRW

Quelle: [http://www.nrw-und-politik.de/News/2007/5-2007/22\\_05\\_2007\\_kastner\\_cdu.htm](http://www.nrw-und-politik.de/News/2007/5-2007/22_05_2007_kastner_cdu.htm)

Marie-Theres Kastner: KiBiz - SPD kommentiert ein Gesetz, ohne es zu kennen

Zu den Vorwürfen der SPD am heute vom Kabinett verabschiedeten Kindergartengesetz erklärt die familienpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Marie-Theres Kastner:

"Die SPD kommentiert ein Gesetz, ohne es zu kennen. Daraus ergeben sich handwerkliche Fehler.

Der erste Vorwurf lautet, die Elternbeiträge würden steigen. Das neue Gesetz hat aber an den Elternbeiträgen nichts geändert. Im derzeit geltenden GTK ist ein Beitragssatz von 19 Prozent festgelegt - dies gilt im neuen Gesetz identisch. Wieso das Ersetzen der Zahl 19 durch die Zahl 19 die Elternbeiträge steigern soll, kann wohl nur die SPD erklären.

Der nächste Vorwurf ist, die Plätze entsprächen nicht dem vorhandenen Bedarf. Entgegen der Behauptung der SPD gibt es aber keine Kontingentierung. Dies ist das Ergebnis eines Gesprächs der kommunalen Spitzenverbände mit Minister Laschet vom Montag, welchem das Kabinett heute zugestimmt hat. Auch hier gilt: Die SPD polemisiert, ohne den Wortlaut des Gesetzes zu kennen. In Wirklichkeit wird jede Wahlmöglichkeit der Eltern respektiert.

Die SPD behauptet, es gebe keine Sonderförderung für sozial schwierige Stadtteile. Auch dies ist falsch. Im Konsens wurde ausdrücklich eine Sonderförderung für sozial schwierige Stadtviertel ins Gesetz aufgenommen. Sie erhalten analog zu den eingruppierten Einrichtungen zusätzliche Mittel in Höhe von bis zu 15.000 Euro jährlich.

Die SPD sagt, das neue Gesetz schaffe Unsicherheit für die Eltern. Durch Kibiz aber geben wir mehr Chancen für die Eltern, indem wir das Angebot an Betreuungsplätzen schon 2008 verdoppeln. Eltern haben durch das neue Gesetz mehr Möglichkeiten, als sie es mit dem alten Gesetz je hatten.

Ein weiterer Vorwurf lautet, die Träger hätten keine Planungssicherheit mehr. Da das neue Gesetz in seiner Finanzierungs- und Personalstruktur mit den sechs Wohlfahrtsverbänden im Konsens erarbeitet wurde, ist genau die Planungssicherheit hergestellt, die die Träger unter Rot-Grün nie hatten.

Insgesamt zeigt die SPD-Kritik am Kibiz, dass sie schlecht informiert ist und den neuesten Wortlaut nicht kennt. Diese handwerklichen Fehler waren ein Grund für die Abwahl von Rot-Grün - und sie sind jetzt der Grund dafür, warum sie noch lange in der Opposition bleiben werden."

Original-Pressemitteilung vom 22.05.2007  
CDU Landtagsfraktion NRW

Quelle: [http://www.nrw-und-politik.de/News/2007/5-2007/23\\_05\\_2007\\_altenu\\_spd.htm](http://www.nrw-und-politik.de/News/2007/5-2007/23_05_2007_altenu_spd.htm)

Britta Altenkamp und Andrea Asch: Landesregierung missachtet bei Kibiz Rechte der Opposition

Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Britta Altenkamp, und die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Andrea Asch, haben der Landesregierung vorgeworfen, Informationsrechte der Opposition beim neuen Kinderbetreuungsgesetz (Kibiz) zu missachten. Altenkamp und Asch: "Die CDU-Fraktion hat den Kibiz-Gesetzentwurf bereits vorliegen, wie aus der Presseerklärung der familienpolitischen Sprecherin Marie-Theres Kastner zum Kibiz hervorgeht. Dagegen verweigert Minister Laschet der Opposition sowie den betroffenen Verbänden und Initiativen die Vorlage des konkreten Gesetzestextes. Diese Verzögerungstaktik ist leicht durchschaubar. Die Landesregierung weiß, dass ihr Gesetz auf massive Ablehnung treffen wird und versucht sich Richtung Sommerferien über die Zeit zu retten. Aber auch solche Spielchen ändern nichts daran: Kibiz bleibt Mumpitz."

Original-Pressemitteilung vom 23.05.2007  
SPD Landtagsfraktion NRW